



# Industriezeitalter im Ruhrgebiet





## Industriezeitalter im Ruhrgebiet



## Industriezeitalter im Ruhrgebiet



Zeche Zollverein Essen; Foto: RIK/Ludger Staudinger

### Das Ruhrgebiet

Von einer beschaulichen, ländlich geprägten, etwas peripheren Region zum größten Wirtschaftsraum Europas: Das heutige Ruhrgebiet ist innerhalb kürzester Zeit das Herzstück der Schwerindustrie in Deutschland geworden. Die Industrielle Revolution hat das Gesicht der Region geprägt, unwiederbringlich verändert und dabei allen Lebensbereichen ihren unverwechselbaren Stempel aufgedrückt. Mit dieser rasanten industriellen Entwicklung entstand eine neue Infrastruktur. Freiräume wurden geschaffen, Architektur und Urbanität entwickelten sich in neuen Dimensionen, Lebens- und Arbeitswelten veränderten sich innerhalb von kürzester Zeit in dramatischer Weise. Diesen Wandel nachzuvollziehen, hilft die Gegenwart der Region zu verstehen, Zukunftsperspektiven zu entwickeln und zu gestalten. Mit der Gründung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (SVR) am 4. Mai 1920 in Essen als eigene Administration wurde das Ruhrgebiet als Region zum ersten Mal territorial definiert. Auf diesem Territorium befanden sich zu der Zeit alle

regionalen Standorte der Steinkohleförderung bzw. deren künftige Abbaugelände. Damit bildete dieser Wirtschaftszweig jahrzehntelang die entscheidende Grundlage für die Regionalplanung im „Ruhrkohlenbezirk“. Mit seinen umfassenden Zuständigkeiten für Verkehr, Siedlung und Grün sorgte der SVR dafür, dass das Ruhrgebiet erstmals als Region in Erscheinung trat.

### Annäherungen

Eine geografische Annäherung an die Region lässt den räumlichen Umfang des Gebietes eingrenzen. Im Süden die Ruhr, im Norden die Lippe, die Stadt Hamm im Osten und im Westen der Landkreis Moers. Im 18. Jahrhundert gliederte sich der Raum noch in zahlreiche geistliche und weltliche Territorien wie die Grafschaft Mark und das Herzogtum Kleve, die schon zu Preußen gehörten. Andere Herrschaftsgebiete wie das Stift Essen, die Grafschaft Recklinghausen und die Grafschaft Dortmund mit der Reichs-

stadt Dortmund genossen noch Souveränität innerhalb des alten Deutschen Reiches.

All das änderte sich 1815 nach dem Wiener Kongress mit dem Übergang des gesamten rheinisch-westfälischen Raumes an Preußen. Jetzt wurden die Territorien neu gegliedert. Mit Arnsberg, Münster und Düsseldorf entstanden drei neue Regierungsbezirke, und die beiden Provinzen Rheinland und Westfalen wurden gegründet.

Mit der Gründung des SVR 1920 gehörten 17 Stadt- und elf Landkreise zum Verbandsgebiet. Robert Schmidt, Technischer Beigeordneter und Leiter des Stadterweiterungsamtes der Stadt Essen wurde der erste Verbandsdirektor. Hauptzweck des SVR war zunächst Wohnraum für 150.000 zusätzliche Bergleute und ihre Angehörigen, also etwa 600.000 Menschen, zu schaffen, um unter anderem die Reparationsleistungen des Versailler Vertrages zu gewährleisten. Der SVR widmete sich aber auch der Begrenzung der Bodennutzung durch die Industrie, indem Grünflächen ausgewiesen wurden, sowie der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durch den Bau von Straßen.

### Voraussetzungen

Die Landschaft des Ruhrgebiets war überwiegend agrarisch geprägt. Zu den „großen Städten“ der Region zu Beginn des 19. Jahrhunderts gehörten zum Beispiel Duisburg mit etwa 5.500 Einwohnern, Essen mit circa 4.700 und Dortmund mit ungefähr 4.300 Einwohnern. Die „boomende“ Textilindustrie-Region des 18. Jahrhunderts lag in unmittelbarer Nachbarschaft im Tal der Wupper mit den großen Städten Elberfeld und Barmen. Beide Städte besaßen zu der Zeit mit rund 40.000 Einwohnern mehr Einwohner als das gesamte damalige „Ruhrgebiet“. Auch die wichtigsten Manufakturen und Betriebe zur Gewinnung von Eisen in der damaligen Zeit hatten sich außerhalb des späteren Ruhrgebiets angesiedelt. So zum Beispiel im Siegerland, im Sauerland und im Bergischen Land, wo die Rohstoffe – Eisenerze und Holz – sowie die Wasserenergie zum Betreiben von Hütten vor Ort vorhanden waren. Diese Hütten vertrieben ihre Erzeugnisse in ganz Europa, ebenso wie die märkische Textilindustrie.

Der Staat Preußen schuf ab dem 18. Jahrhundert wichtige Voraussetzungen für die



Bohrmühle an der Spillenburg bei Essen um 1800, Aquarell von Heinrich Kunolt 1915/1936; Quelle: Rainer Rothenberg, Essen/Ruhr Museum

Entfaltung der Industrie im Ruhrgebiet. Dazu gehörten Reformen zur Bauern- und Gewerbefreiheit sowie die Liberalisierung des Bergrechts. Auch gesetzliche Änderungen wie die Einführung des bürgerlichen Rechts nach dem Vorbild des „Code civil“ infolge der französischen Besetzung vormaliger preußischer Gebiete schufen die notwendigen Bedingungen für eine erfolgreiche Industrialisierung der Region. Auch Handelserleichterungen wie die Aufhebung von Zollschranken durch den Deutschen Zollverein 1834 boten der Industrie und dem sonstigen Gewerbe bessere Rahmenbedingungen für den Güteraustausch. Und last not least waren der von den Preußen initiierte Bau von befestigten Überlandstraßen („Kohlestraßen“) und so genannten Chausseen sowie die Schiffbarmachung der Ruhr durch die Anlage von Schleusen erste Maßnahmen zur Entwicklung einer industriellen Infrastruktur. Eng mit dieser Zeitperiode sind die Namen industrieller Gründerpioniere wie Franz Dinnendahl und Franz Haniel, Heinrich Arnold Huyssen und Mathias Stinnes, Friedrich Krupp und Friedrich Harkort verbunden. Unmittelbar nach Einführung der Gewerbefreiheit und der Aufhebung des Zunftzwanges gründeten sie ihre Unternehmen in den Bereichen Maschinenbau, Bergbau, Eisen und Stahl sowie Binnenschifffahrt und setzten auf die Einführung technischer Innovationen.

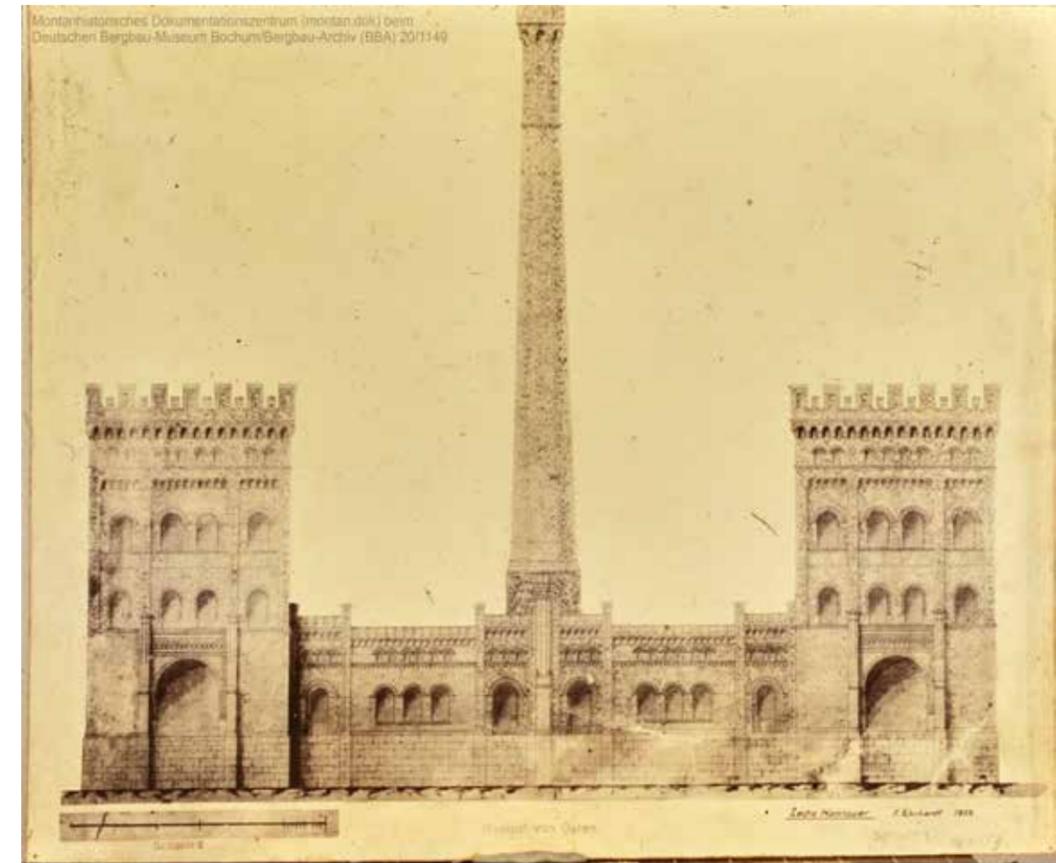
## Bergbau

Das Ruhrgebiet war vor der Industrialisierung durchweg agrarisch geprägt. Von Industrie gab es keine Spur – mit Ausnahme der in Essen ansässigen Büchsenmacherbetriebe. Bis 1800 lebte man im Ruhrgebiet vornehmlich von Ackerbau und Viehzucht.

Der zukünftige Reichtum der Region war den Bodenschätzen geschuldet, dabei spielten insbesondere die reichen Steinkohlenvorkommen eine wichtige Rolle. Seit dem Mittelalter ist der Kohleabbau an der Ruhr belegt. Bis ins 18. Jahrhunderts wurde der Kohleabbau im Wesentlichen nur als Nebenerwerb von Bauern und Handwerkern betrieben.

Im Süden des Reviers trat die Steinkohle an den steilen Abhängen zum Flussufer hin direkt zutage und konnte daher zunächst im Tagebau gewonnen werden. Bereits früh entwickelten sich „Gewerkschaften“, die genossenschaftlich den Kohleabbau betrieben und Erträge sowie Kosten unter den Mitgliedern aufteilten. Man grub die Kohle mit einfachen Geräten im Brunnen- und Stollenbau ab, wobei der Grundwasserspiegel der Tiefe des Abbaus Grenzen setzte. Der Beginn des 18. Jahrhunderts markiert die erste wichtige Wendemarke in der technischen und rechtlichen Entwicklung des Kohlebergbaus. Mit Hilfe von „Erbstollen“ war man jetzt in der Lage, die Gruben zu entwässern und ihnen Luft zuzuführen (zu bewettern). Auch der Staat interessierte sich zunehmend für den Bergbau als Einnahmequelle. 1737 ordnete die preußische Regierung das märkische Bergrecht neu. Die Grubenfelder wurden neu vermessen und verteilt. Seither unterstanden sie der Kontrolle des 1738 gegründeten Bergamtes in Bochum.

In der Grafschaft Mark bestimmten bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts preußische Beamte und Fachleute die Konditionen für den Abbau der Kohle wie auch die Arbeitszeiten und Löhne der Bergleute. Die Zechenbesitzer hatten darauf keinen Einfluss. Für die Bergleute hatte dieses „Direktionsprinzip“ Vorteile. Sie waren vom Militärdienst befreit, hatten eine eigene Gerichtsbarkeit und genossen eine gewisse Absicherung im Unfall- oder Krankheitsfall. Ab Anfang des 19. Jahrhunderts wurde das Direktionsprinzip mit seinen Einschränkungen für die Zechenbesitzer immer mehr zum Hemmschuh für eine weitere Entwicklung des Bergbaus. Das Freizügigkeitsgesetz von 1860 ermöglichte den „Gewerken“ ihre Betriebe selbst zu führen, die Löhne und Preise selbst zu bestimmen und sich dem entwickelnden Kapitalmarkt zu öffnen. Mit Hilfe von ausländischem Kapital vor allem aus Belgien, Frankreich und Irland konnten sie jetzt große Investitionen tätigen, was letztlich zu einer Ausweitung des Bergbaus im Ruhrgebiet führte. Bei den Bergleuten führte diese neue rechtliche Situation zu einem Verlust ihrer bis dahin vom preußischen Staat gewährten Privilegien und zu einer zunehmenden Entrechtlichung und wachsenden Pro-



Malakowtürme und Maschinenhaus der Zeche Hannover 1/2 in Bochum vermutlich 1856; Quelle: Montanhistorisches Dokumentationszentrum beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum/Bergbau-Archiv

letarisierung. Für den Staat bedeutete diese Neuregelung den Übergang vom Direktions- zum „Inspektionsprinzip“, das heißt, er hatte keinen Einfluss mehr auf die technische, organisatorische und wirtschaftliche Führung der Bergwerke; den Bergämtern blieb bezüglich der privaten Zechen nur noch die bergpolizeiliche Überwachung und Kontrolle.

Die zunächst an der Ruhr geförderte Magerkohle mit ihrem begrenzten Brennwert war allerdings für die sich zunehmend entwickelnde (Koks-)Hochofenindustrie nicht geeignet. Für die Produktion von Koks benötigte man die Fettkohle, die sich aber in Lagerstätten in bis zu 1.300 Metern Tiefe unterhalb der so genannten Mergelschicht insbesondere im nördlichen Ruhrgebiet befanden. Deshalb vollzog der Bergbau im 19. Jahrhundert eine Nordwanderung von der Ruhr im Süden über die Emscher bis zur Lippe im Norden. Der Kohleabbau unterhalb der wasserführenden Mergelschicht war

nur mit Hilfe der Dampfmaschine möglich, die ab den 1840er-Jahren in den Tiefbauzechen des Ruhrbergbaus das Abpumpen des Wassers ermöglichte.

Neben den zahlreichen Schachtanlagen in der Hellwegzone entstanden ab den 1870er-Jahren viele Zechen in der nördlichen Emscherregion. Ende des 19. Jahrhunderts wurde dann auch an der Lippe Kohle abgebaut und damit die nördliche Grenze des heutigen Ruhrgebiets erreicht. Zum bedeutendsten Bergwerk entwickelte sich dabei die Zeche Zollverein in Essen, die 1851 die Kohleförderung aufnahm. Sie gehörte Franz Haniel, der sie direkt an der Strecke der 1847 eröffneten Köln-Mindener Eisenbahn anlegte. Im Verlauf der 1870er-Jahre fand dann mit der Überschreitung des Rheins eine weitere Ausdehnung des Kohleabbaus nach Westen statt, im Osten wurden im gleichen Zeitraum im Kreis Hamm-Unna Schürfrechte verliehen. Die Anzahl der fördernden Zechen im Ruhrgebiet lag jetzt bei etwa 170.

1730

1737/38 Die Neuordnung des märkischen Bergrechtes ermöglicht eine weitestgehende Kontrolle (Direktionsprinzip) des Bergbaus durch den preußischen Staat.

1760

1790

1820

1850

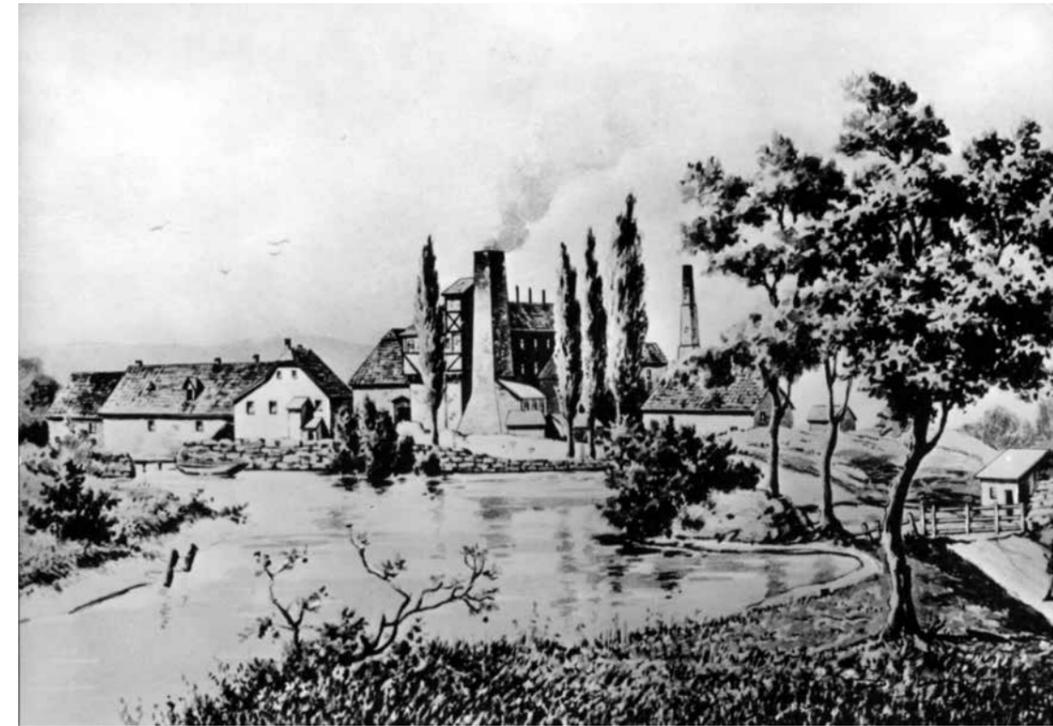
1880

## Eisen und Stahl

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts spielte das Ruhrgebiet als Erzeuger von Eisen für die deutsche Industrie nur eine untergeordnete Rolle. Der Schwerpunkt des Eisenhüttenwesens lag damals in Südwestfalen. Dort prägte eine teilweise bis heute noch vorhandene eher kleinbetrieblich-mittelständisch orientierte Gewerbestruktur die Region, die sich auf Schmiede-, Draht- und Walzprodukte der Kleineisenindustrie und deren Verfeinerung spezialisiert hatte.

Bis etwa 1850 bestimmten Eisenerzvorkommen, Holzkohle und Wasser als Produktionsfaktoren die Standorte der Hüttenwerke. Das Eisenerz wurde vorwiegend vor Ort verarbeitet, und auch das Holz, aus dem man die für die Schmelze notwendige Holzkohle gewann, stammte aus den umliegenden Wäldern. Flüsse lieferten die notwendige Wasserkraft, um die Hammerwerke zu betreiben. Erst ab 1849 – als es auch in Preußen gelang, anstelle von Holzkohle Koks für die Roheisenherstellung zu nutzen – wurde das Ruhrgebiet mit seinen reichen Steinkohlevorräten ein idealer Standort für die Hüttenindustrie. Zunächst mangelte es im Ruhrgebiet am technischen Know-how und dem wichtigem Rohstoff Eisenerz. Hüttentechnologie und Eisenerze kamen zunächst aus dem Siegerland und waren eine wichtige Voraussetzung für den industriellen Take-off. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts wurden aber auch eine Reihe von Verfahrenstechniken aus den damals führenden Industriestaaten England und Belgien übernommen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts steckte das Hüttenwesen des Ruhrgebiets im Unterschied zum Bergbau noch in den Anfängen.

Um 1830 waren im Raum Oberhausen/ Essen die St. Antony-Hütte und die Hütten Gute Hoffnung und Neu-Essen die einzigen bedeutenden Eisen erzeugenden Werke. Einer schnellen Verbreitung dieses Industriezweiges standen mehrere Hemmnisse im Weg: die geringen einheimischen Erzvorkommen, die hohen Zölle bei Importerzen und der durch Raubbau verursachte Mangel an Holzkohle als Brennstoff. Erst die Erschließung der riesigen, tief liegenden



St. Antony-Hütte in Sterkrade im Bauzustand von 1834, Gemälde des Kunst- und Industriemalers Jakob Weser Krell 1902; Quelle: LVR-Industriemuseum, Oberhausen

1815 Nach dem Wiener Kongress werden die Regierungsbezirke Arnsberg, Münster und Düsseldorf und die Provinzen Rheinland und Westfalen gebildet.

1837 Ab diesem Zeitpunkt erfolgt der Einsatz der Dampfmaschine zum Abpumpen des Wassers in den Tiefbauzechen des Ruhrgebiets.

1848-1871 In den beiden Jahrzehnten zwischen der Revolution von 1848 und der Reichsgründung von 1871 findet im preußischen Rheinland der entscheidende Durchbruch auf dem Weg zur Industrialisierung statt.

1834 Die Gründung des Deutschen Zollvereins schafft bessere Rahmenbedingungen für den Gütertausch von Industrie und Handel.

1847 Die Eröffnung der Köln-Mindener Eisenbahn verbessert den Gütertransport der Montanindustrie im Ruhrgebiet nachhaltig.

Fettkohlevorkommen nördlich der Ruhr mit Hilfe der Dampfmaschine veränderte ab etwa 1850 die Situation grundlegend. Das Ruhrgebiet wurde jetzt für die Eisenhüttenindustrie attraktiv, weil sich aus der Fettkohle Hüttenkoks als Brennstoff für die Hochöfen herstellen ließ und damit die Holzkohle entbehrlich wurde. 1848/49 wurde auf der Friedrich-Wilhelms-Hütte in Mülheim der erste Kokshochofen in Betrieb genommen, über 100 Jahre später als in England. Ebenfalls mit zeitlicher Verzögerung gelangten auch die wichtigsten modernen Stahlgewinnungsverfahren in das Ruhrgebiet. 1784 entwickelte der Engländer Henry Cort das Puddelverfahren. Er ließ Eisen unter einer Steinkohleflamme aufkochen und so lange rühren, bis der Kohlenstoffanteil soweit herausoxidiert war, dass Stahl entstand. 1826 wandte der Industriepionier Friedrich Harkort das Verfahren erstmalig in seiner „Mechanischen Werkstätte“ in der Burg Wetter an. Der sehr arbeitsaufwändige Puddelprozess wurde ab den 1860-Jahren vom stärker mechanisierten Bessemer-Verfahren abgelöst. Das Stahlgewinnungspatent des ebenfalls aus England stammenden Ingenieurs Henry Bessemer, von Alfred Krupp 1856 in Essen erworben, sah vor, Luft von unten durch

einen Konverter mit flüssigem Roheisen zu blasen, um dadurch den Kohlenstoffanteil im Roheisen zu reduzieren und so Stahl zu gewinnen. Damit ließ sich in wesentlich kürzerer Zeit vor allem die Menge an gewonnenem Stahl erhöhen. 1879 erwarben der Hörder Verein in Dortmund und die Rheinischen Stahlwerke in Duisburg die Patente des Thomasverfahrens. Diese Technik stellte eine Weiterentwicklung des Bessemer-Verfahrens dar. Eine Auskleidung des Konverters mit gebranntem Dolomit ermöglichte auch die Verarbeitung phosphorreicher inländischer Erze. Damit ließ sich weicher Stahl erzeugen, der zur Herstellung billiger Massenschmelzprodukte benutzt werden konnte.

Die technischen Fortschritte bei der Roheisen- und Stahlerzeugung und die Erschließung neuer Märkte führten nach 1850 zu einer Phase schnellen wirtschaftlichen Wachstums. Innerhalb von zehn Jahren entstanden im Ruhrgebiet elf Hochöfenwerke mit 27 Hochöfen, darunter 25 Kokshochöfen. Im Zeitraum von 1851 bis 1868 nahmen 25 Puddelwerke die Produktion auf, und 1876 waren bereits 56 Bessemer-Konverter im Betrieb. Die Stahlproduktion des Ruhrgebiets stieg von 157.000



Krupp'sche Gussstahlfabrik nach einer Zeichnung von J. Scheiner 1879/80; Quelle Historisches Archiv Krupp, Essen

Tonnen im Jahr 1860 auf 550.000 Tonnen im Jahr 1870. Wichtigste Abnehmer für die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets waren die Eisenbahn, der Steinkohlenbergbau, der Maschinenbau, die Bauindustrie und das Militär. Beim Absatz in weiter entfernt liegende Gebiete erwies sich die verkehrsgünstige Lage des Ruhrgebiets an Rhein und Ruhr als vorteilhaft. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts kam das immer weiter ausgebauten Streckennetz der Eisenbahn und der Kanalbau für die Binnenschifffahrt als Standort fördernd hinzu.

Der Aufschwung der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war dramatisch. In nur knapp einem halben Jahrhundert war die Region zum größten europäischen Montanzentrum herangewachsen. Die Produktionsstandorte konzentrierten sich im Westen vor allem auf den Raum Duisburg/Oberhausen/Essen, im mittleren und östlichen Ruhrgebiet auf die Städte Gelsenkirchen, Bochum und Dortmund. Mit den Städten verbanden sich die Namen von Unternehmensdynastien – Thyssen in Duisburg, Krupp in Essen und Hoesch in Dortmund –, die über Generationen Wirtschaft, Industrieentwicklung, Urbanisierung, Politik und Alltag der Menschen in der gesamten Region prägten. Aber auch im Ruhrtal wie zum Beispiel in Hattingen, Witten und Wetter entwickelten sich wichtige Standorte der Eisen- und Stahlindustrie.

### Wachstum und Zuwanderung

Die neu entstandene Montanindustrie im Bergbau und im Eisen- und Stahlbereich gewann durch die Einbeziehung von Kokereien und deren Nebenprodukten für die chemische Industrie ab Mitte des 19. Jahrhunderts eine ganz neue Bedeutung. Mit dieser Entwicklung war auch der weitere Ausbau der für die Region so typischen Verbundwirtschaft verbunden. Vom Rohstoff bis zum Endprodukt sollte alles in einer Hand liegen. Auch die Unternehmensorganisation durchlief einen durchgreifenden Wandel. Nicht mehr einzelne Unternehmerpersönlichkeiten wie zu Beginn der Industrialisierung bestimmten den Entwicklungsverlauf ihrer Firmen. Nach 1850 entstanden Großunternehmen in der Form von Aktiengesellschaften, die sich in Größe, Aufbau und Struktur gänzlich von den ursprünglichen Unternehmensformen unterschieden. Kartellabsprachen, Fusionen und die Gründung einflussreicher Interessenverbände wie dem Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikat 1893 oder dem Roheisensyndikat 1896 führten zu einem weiteren Machtzuwachs der Konzerne.

Am Anfang der industriellen Entwicklung kamen die von der Montanindustrie benötigten Arbeitskräfte aus der Region selbst, aber infolge der begrenzten Ressourcen bald auch aus dem Umland des Ruhrgebiets. Nach 1870 setzte dann die Fernwanderung ein. Vor allem in den ländlich geprägten preußischen Ost-

provinzen wurden Masuren, Polen aus dem von Preußen annektierten polnischen Teilungsgebiet und Oberschlesier mit dem Versprechen auf bessere Verdienst- und Lebensverhältnisse im Ruhrgebiet angeworben. Das führte zu einer ungeheuren Bevölkerungsexplosion in der Phase der Hochindustrialisierung. Die Einwohnerzahl des Ruhrgebiets wuchs auf mehr als das Dreifache – von unter einer Million auf mehr als drei Millionen. Für die Städte und Industriedörfer bedeutete das eine ungeheure Herausforderung. Allein die Bereitstellung von Wohnraum war eine kaum zu bewältigende Aufgabe, da es schlicht zu wenig Kapazitäten in den zum Teil noch vom Mittelalter geprägten Stadtstrukturen gab und auch kein investitionsfähiges Bürgertum vorhanden war, um neuen Wohnraum zu schaffen. Diese Aufgabe übernahm daher die Montanindustrie, die einerseits das von ihr im großen Stil betriebene Arbeitersiedlungsprogramm als Mittel einsetzen konnte, um die dringend benötigten Arbeitskräfte anzuwerben, andererseits die

zugezogenen Arbeitskräfte aber auch langfristig an ihre Unternehmen binden konnte.

Um 1900 war jeder dritte Bergmann im Ruhrgebiet polnischer Abstammung. Die polnischen Zuwanderer formten häufig ihr eigenes Milieu, konzentrierten sich in Belegschaften („Polenzechen“), in Stadtteilen und in Arbeitersiedlungen. Sie gründeten eigene Gewerkschaften, eigene Sportvereine und eigene soziale Netzwerke, um ihre kulturelle Selbstständigkeit zu bewahren. Diese Versuche, sich in der neuen Heimat politisch zu organisieren, um die nationale und kulturelle Identität zu bewahren, wurden von den preußischen Behörden massiv unterdrückt. Im Sinne der „Reichseinheit“ war man bestrebt, die polnischsprachige Bevölkerung zu „germanisieren“. Das hatte zur Folge, dass 1918, nach der Wiedergründung des polnischen Staates, viele Polen das Ruhrgebiet wieder verließen und entweder in den neuen polnischen Staat oder weiter in die Industrieregionen nach Nordfrankreich oder Belgien zogen.

Siedlung Stahlhäusern des Bochumer Vereins um 1910, Quelle Historisches Archiv Krupp, Essen



Hochwasser an  
der Emscher,  
Zechenkolonie  
Hansemann in  
Dortmund 1926;  
Quelle: Emscher-  
genossenschaft



## Arbeitswelt und Arbeiterbewegung

Zwischen 1871 und 1914 wurde, insbesondere in der Montanindustrie, der Großbetrieb zur typischen Erscheinungsform. Während in der Landwirtschaft, aus der viele Zugewanderte kamen, der Arbeitsrhythmus vom Eintritt der Helligkeit am Morgen bis zum Aufkommen der Dunkelheit am Abend begrenzt wurde, war das Symbol der neuen industriellen Zeiteinteilung die Uhr. Mit ihr eng verbunden waren Disziplin und Pünktlichkeit. Glocken oder Sirenen verkündeten Anfang und Ende des Arbeitsbeginns, ihr Klang drang bis in die Arbeitersiedlungen. Die Uhr markierte Arbeitsbeginn, Pausen und Arbeitsende. An diese „Fabrikdisziplin“, die mit Überwachung, Abmahnung oder Geldbußen verbunden war, mussten sich viele Arbeitsimmigranten erst gewöhnen. Individuelle Verweigerungsformen gegen diese als drakonisch empfundenen Maßnahmen waren durchaus üblich, aber es gab auch kollektive Gegenwehr.

Mit Streiks versuchten die Arbeiter ihre Lage zu verbessern. Ihre Forderungen bezogen sich auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, auf kürzere Arbeitszeiten aber auch auf höhere Löhne. Eine Vorreiterrolle übernahmen dabei die Bergleute. 1889, 1905 und 1912 fanden drei große Bergarbeiterstreiks statt. Im Verlauf des Streiks von 1889 wurde als erste Gewerkschaft der „Alte Verband“ gegründet. Er fühlte sich der Sozialdemokratie verbunden. Weitere gewerkschaftliche Gründungen folgten später. Der „Gewerkverein Christlicher Bergarbeiter“ war vor

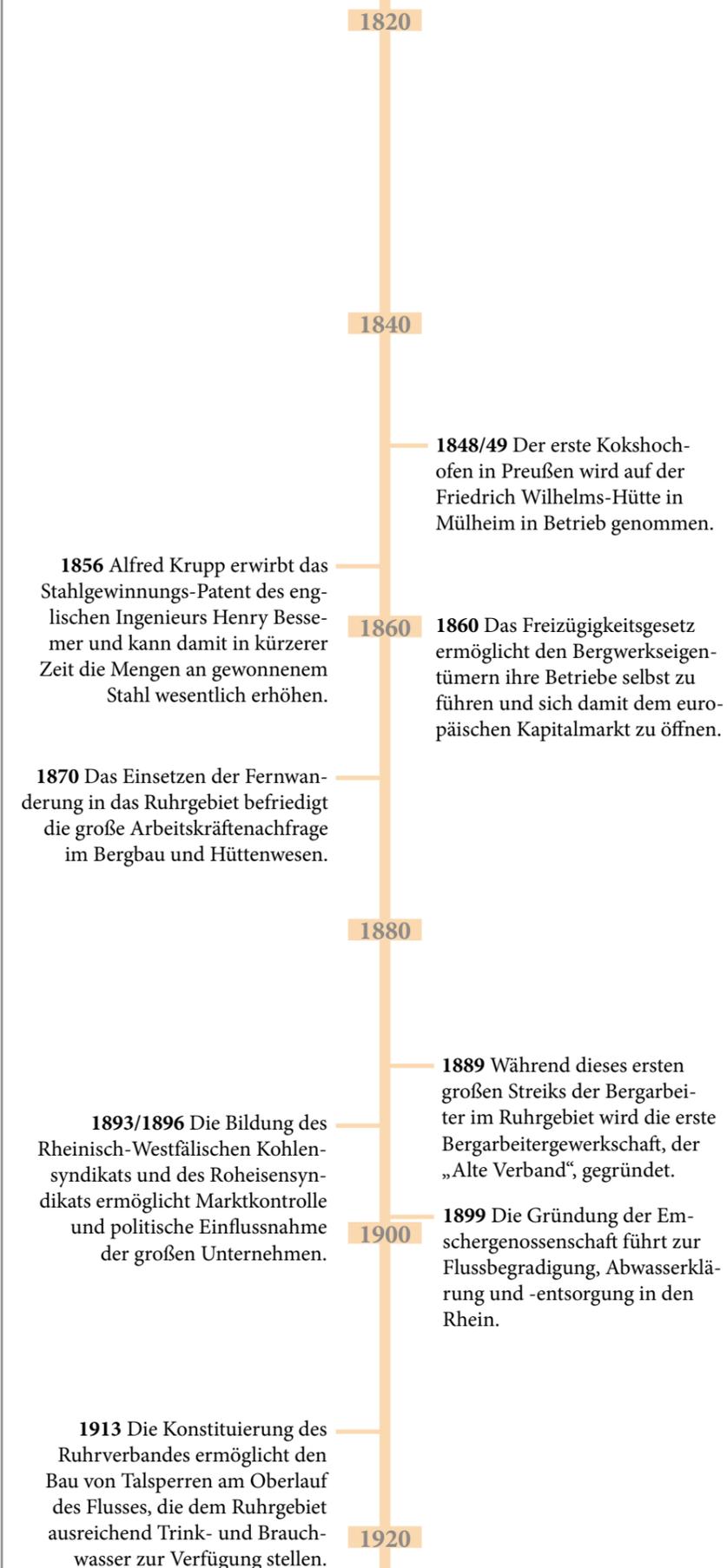
allem im katholischen Milieu verankert, die „Polnische Berufsvereinigung ZZP“ vertrat die Interessen der polnischen Bergarbeiter, der liberale „Gewerkverein Hirsch-Duncker“ blieb im Ruhrgebiet ohne große Bedeutung.

Die Montanindustrie war und ist bis heute eine „Männerwelt“. Aber ohne die Frauen wären die Männer nicht in der Lage gewesen, ihrer Arbeit nachzugehen. Die Hausarbeit der Frauen war oftmals körperliche Schwerstarbeit. Dazu gehörte das Heranschaffen von Wasser von den öffentlichen Zapfstellen, das Besorgen von Heizmaterial, Gartenarbeit zur Selbstversorgung der Familien und das Waschen der Berufskleidung der Männer. Auch der Transport von warmen Mahlzeiten mit „Henkelmännern“ zur Arbeitsstelle der Männer gehörte zu den Aufgaben der Frauen, die außerdem auch für die Erziehung der Kinder zuständig waren.

## Umweltzerstörung

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden die durch die Industrie verursachten Umweltschäden immer offensichtlicher, und deshalb wurde auf verschiedenen Ebenen versucht, diesen Missständen zu begegnen. Dabei stand die Wasserversorgung der Region im Mittelpunkt. Der stetig steigende Wasserverbrauch der Industrie führte zu Engpässen bei der Wasserversorgung. Aber auch Abwässer, insbesondere der Kohlenschlamm der zahlreichen Zechen hatten Flüsse und Bachläufe in stinkende Kloaken verwandelt. Ende des 19. Jahrhunderts kam es im Ruhr-

gebiet immer wieder zum Ausbruch von Epidemien. Zur Behebung dieser Missstände wurde 1899 die Emschergenossenschaft gegründet. Sie hatte die Aufgabe, die Emscher und ihre Nebenflüsse zu begradigen und die Abwässer dem Rhein zuzuführen. Der 1913 gegründete Ruhrverband sollte sich um den Ausbau der Ruhr für den ständig steigenden Trink- und Brauchwasserbedarf kümmern. Dazu sollte der forcierte Ausbau von Talsperren am Oberlauf des Flusses dienen. Trotzdem blieb die Trinkwasserversorgung noch bis in die 1940er-Jahre prekär, obwohl etliche neue Kläranlagen gebaut wurden. Zu der Zeit wurden auch die Grundlagen für ein Problem gelegt, dass aber erst in den 1980er-Jahren zunehmend in den Fokus der öffentlichen Diskussionen rückte. Während zumindest in den 1960er-Jahren durch die Einführung der „Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft“ bundesweit erstmals verbindliche Grenzwerte für bestimmte Luftschadstoffe festgelegt wurden, war die teilweise massive Verseuchung der Böden und des Grundwassers durch die Produktionsabfälle ein riesiges Problem. Während der Himmel über der Ruhr allmählich wieder blau wurde, blieben die Giftstoffe weiterhin im Boden. Etliche Altlasten konnten in den 1980er- und 1990er-Jahren mit Hilfe des Wasser-, Polizei- und Ordnungsrechtes („Gefahrenabwehr“) saniert werden. Aber erst mit der Verabschiedung des Bundesbodenschutzgesetzes 1999 konnten die kontaminierten Böden und Grundwasser effektiver saniert werden. Dennoch beschäftigt der Umgang mit diesem Thema bis heute im hohen Maße weiterhin Städte und Kommunen im Ruhrgebiet.



## Erster Weltkrieg und Nachkriegskrise

Im Ersten Weltkrieg stand das Ruhrgebiet im Zentrum der Rüstungsproduktion. Zu einer der wichtigsten Firmen in diesem Segment gehörte die Firma Krupp in Essen. Mit der Herstellung von Munition aber vor allem mit dem Bau von Geschützen wurde sie weltbekannt. Das Ruhrgebiet blieb weitestgehend von den mörderischen Schlachten des Krieges verschont, lieferte aber die Soldaten, die dann auf den belgischen und französischen Schlachtfeldern kämpften. Die daheimgebliebene Zivilbevölkerung war in anderer Weise betroffen. Im Winter 1916/17 kam es im Ruhrgebiet zu einer massiven Versorgungskrise infolge unzureichender

heimischer Lebensmittelproduktion und fehlender Importe. Zehntausende starben an den Folgen von Hunger und Unterernährung. Die Zivilbevölkerung litt an extremer Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. Jugendliche und Frauen ersetzten insbesondere in den Rüstungsbetrieben die im Krieg kämpfenden Männer. Nach dem verlorenen Krieg und der Revolution von 1918/19 formierte sich 1920 im Ruhrgebiet eine Rote Armee gegen den reaktionären Kapp-Putsch. Die Armee, der auch viele Bergleute angehörten, kontrollierte mehrere Wochen die Region bevor sie von Freikorps und Regierungseinheiten besiegt wurde. Dennoch blieb das Ruhrgebiet während der gesamten Zeit der Weimarer Republik eine Hochburg der Kommunisten und der Zentrumspartei, die auch von vielen katholischen Arbeitern gewählt wurde. Ein weiteres Nachspiel des Ersten Weltkrieges war die Besetzung der Region durch französische und belgische Truppen zwischen 1923 und 1925. Dies geschah, um die stockenden Reparationen des Deutschen Reiches durch Wirtschafts- und Sachlieferungen aus dem Ruhrgebiet, insbesondere Kohle und Koks, auszugleichen. Der vom Reich ausgerufene und finanzierte passive Widerstand gegen diese Besetzung heizte die bereits vorhandene Inflation weiter an und führte zur „Hyperinflation“. In diesem Zusammenhang ist auch die Gründung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (SVR) 1920 zu sehen, dessen Hauptzweck es zunächst war, die Reparationen aus dem Versailler Friedensvertrag zu gewährleisten

## Rationalisierung und Modernisierung

Der verlorene Erste Weltkrieg führte in den 1920er-Jahren in der Montanindustrie zu enormen Rationalisierungsbemühungen. Zentrales Element im Bergbau war die Mechanisierung des Kohlentransports und der Kohlegewinnung durch den massenhaften Einsatz von Pressluftschlämmern. Höhepunkt dieser Entwicklung war die Gründung der Vereinigte Stahlwerke AG (VSt) 1926. Mit 250.000 Beschäftigten war das Unternehmen der größte Stahlkonzerns Europas. Auch

Deutsches Propagandaplakat gegen die französische Besetzung des Ruhrgebiets 1923; Quelle: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn



Adolf Hitler beim 90. Geburtstag des Schwerindustriellen Emil Kirdorf in Mülheim am 8. April 1937; Quelle: Fotoarchiv Ruhr Museum

andere Industriezweige, wie zum Beispiel die mit der Montanindustrie eng verbundene Energiewirtschaft, versuchten, in den 1920er-Jahren neue Märkte zu erschließen. Dazu gehörte die bereits 1898 von Hugo Stinnes in Essen gegründete „Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG“ (RWE) und das spätere Konkurrenzmodell im östlichen Ruhrgebiet, die „Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG“ (VEW) mit Sitz in Dortmund. Bei der Gasversorgung kooperierte die VEW mit der 1928 gegründeten Ruhrgas AG, die noch vor dem Zweiten Weltkrieg zu Deutschlands größtem Ferngasunternehmen aufstieg. Eine andere Erfolgsgeschichte war der 1918 in Bochum gegründete „Benzol-Verband“ (B.V.). Mit dem Benzol-Benzin-Gemisch, dessen Name ARAL sich von dessen chemischer Zusammensetzung ableitete, entwickelte der B.V. den ersten Superkraftstoff der Welt. Die Montanindustriellen suchten aber auch in anderen Sparten nach neuen Absatzmärkten. In diesem Zusammenhang stand auch die Gründung der „Deutschen Libbey-Owens-Gesellschaft“ (DELOG) 1925 in Gelsenkirchen-Rotthausen durch die Bergwerksgesellschaft Dahlbusch. Das Verfahren, das der Gesellschaft ihren Namen gab, diente der Herstellung von Flachglas. Mitte der 1950er-Jahre kam jede zweite Fensterscheibe in Deutschland aus Gelsenkirchen.

## Nationalsozialismus

Für die Nationalsozialisten war das Ruhrgebiet „ein schwer zu bearbeitendes Pflaster“. Hier hatten eher die das Sagen, die gegenüber der braunen Ideologie am resistentesten waren. Dazu gehörte vor allem das kommunistische und sozialdemokratische Arbeitermilieu. Die Mitglieder von KPD, SPD und Gewerkschaften waren auch diejenigen, die zu Anfang der NS-Diktatur bereit waren, Widerstand zu leisten – und auch die meisten Opfer zu beklagen hatten. Aber mit dem wachsenden Terror und den Anfangserfolgen der Nazis nach 1933 wuchs auch die Bereitschaft der Arbeiter sich anzupassen und sich mit den neuen Machthabern zu arrangieren. Die Nationalsozialisten bemühten sich durchaus mit Erfolg, der Arbeiterschaft positive Angebote und Aufstiegschancen anzubieten. „Schönheit der Arbeit“, „Kraft durch Freude“ boten Identifikations- und Freizeitmöglichkeiten, insbesondere für junge Arbeiter. NS-Jugendorganisationen wie HJ oder BDM versprachen sozialen Aufstieg und eine bessere Zukunft.

Während der Zeit des Nationalsozialismus nahm das Ruhrgebiet zwar weiterhin eine zentrale Position in der Rüstungswirtschaft

**1916/17** Eine große Hungerkrise im Ersten Weltkrieg wirkt sich verheerend auf die Bevölkerung des Ruhrgebiets aus.

**1920** Ruhrarbeiter formieren eine Rote Armee, die den gegen die neue Weimarer Demokratie gerichteten reaktionären Kapp-Putsch zurückschlägt.

**1920** Die Gründung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (SVR) in Essen erfolgt mit dem Hauptzweck, die Reparationen als Folgen des Versailler Vertrages zu gewährleisten.

**1923-1925** Die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen und die Hyperinflation führt zu einer schweren politischen und wirtschaftlichen Krise.

**1926** Mit der Gründung der Vereinigte Stahlwerke AG (VSt) entsteht Europas größter Stahlkonzern.

**1930**

**1933** Von dem Einsetzen des ökonomischen Aufschwungs und der zunehmend dirigistischen NS-Wirtschaftspolitik profitiert vor allem die Rüstungsindustrie im Ruhrgebiet.

**1933** Die Machtübernahme der Nationalsozialisten stößt im Ruhrgebiet auf Proteste und Widerstand aus dem Arbeitermilieu.

**1940**

**1945** Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgt die Beschlagnahme des gesamten Kohlebergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie durch die britische Militärregierung.

**1942** Die alliierten Luftangriffe auf industrielle Zentren und Wohngebiete der Region werden intensiviert.

ein, aber längst gab es auch in anderen Teilen des Deutschen Reiches kriegswichtige Produktionsstätten. Während des Zweiten Weltkrieges war die Region von Großbritannien für die alliierten Bomberflotten gut erreichbar. Ab 1942 intensivierten sie ihre Luftangriffe, die besonders die Innenstädte, die Betriebe und die Arbeiterwohnviertel trafen. Im April 1945 erreichten alliierte Verbände das Ruhrgebiet, in der „Schlacht um die Ruhr“ am 21. April 1945 kamen kurz vor Ende des Krieges noch über 11.000 Soldaten auf beiden Seiten ums Leben.

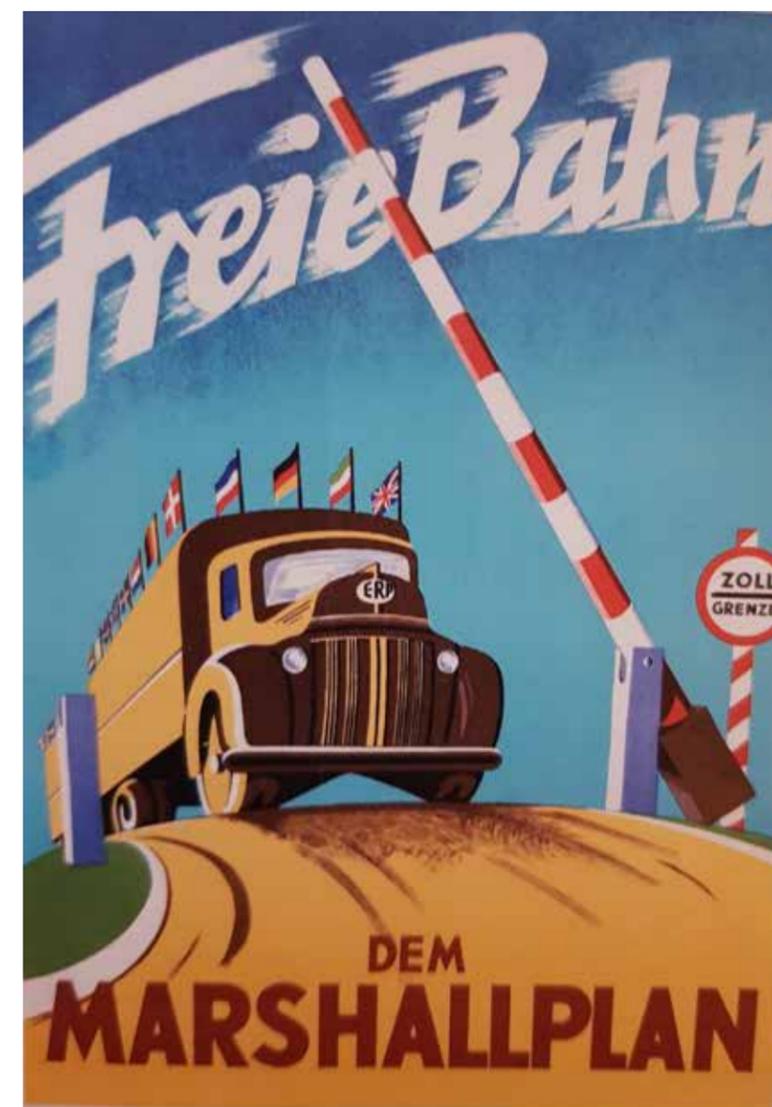
Im Zweiten Weltkrieg mussten Hunderttausende von zivilen Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen in der Montanindustrie des Ruhrgebiets unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten. Über 6.000 Juden sowie eine nicht näher bekannte Anzahl von Sinti und Roma und „Euthanasie“-Opfern wurden ermordet.

### Politischer und wirtschaftlicher Neubeginn

Nach jahrelanger politischer Unterdrückung in der NS-Zeit entstanden nach 1945 auf betrieblicher und lokaler Ebene antifaschistische Ausschüsse, die sich um eine Inangasetzung der Produktion und die Versorgung der Menschen mit den dringendsten Mitteln des Alltags kümmerten. Sehr bald bildeten sich aber auch wieder politische Parteien, die an die Traditionen der Weimarer Zeit anknüpften. Auch ein gewerkschaftlicher Neuanfang erfolgte. Nur anders als vor 1933 sollte es keine Richtungsgewerkschaften, sondern eine Einheitsgewerkschaft in allen Branchen geben. 1949 wurden diese Branchengewerkschaften unter dem Namen Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) in einem Dachverband zusammengeführt. Man wollte aus den Fehlern der Vergangenheit lernen; die gespaltene Arbeiterbewegung in der Weimarer Zeit wurde als eine wichtige Ursache für die Etablierung der NS-Diktatur angesehen. Im Ruhrgebiet entwickelte sich die IG Bergbau zur wichtigsten und einflussreichsten Gewerkschaft.

Wie bereits nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Sozialisierung der Montanindustrie gefordert. Man gab wichtigen Vertretern der Schwerindustrie eine Mitschuld am Entstehen des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen. Nazi-Diktatur und Zweiter Weltkrieg betrachtete man in weiten Kreisen der Bevölkerung, der Gewerkschaften und politischen Parteien als Folgen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Deshalb forderte man eine Demokratisierung der Wirtschaft durch Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum. Nach 1945 stand zunächst der gesamte Kohlebergbau sowie die Eisen- und Stahlindustrie unter alliierter Kontrolle (North German Coal Control und North German Iron and Steel Control). Die Rechte der Eigentümer blieben dabei unangetastet. Eine Neuordnung der Eigentumsverhältnisse sollte zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Die Hoffnung der politischen Parteien und der Gewerkschaften auf eine grundsätzliche Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse erfüllten sich aber nicht. 1948 wurde im nordrhein-westfälischen Landtag ein Gesetz zur Sozialisierung des Kohlebergbaus beschlossen, dem die britische Militärregierung jedoch ihre Zustimmung verweigerte. Einen vorläufig letzten wichtigen Erfolg konnten die Gewerkschaften nach Androhung von massiven Kampfmaßnahmen noch im Jahr 1951 mit der Einführung der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie erzielen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam dem Bergbau im Ruhrgebiet eine Schlüsselrolle beim wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland zu. Mit dem Zusammenbruch der Kohlewirtschaft 1944/45 war auch die Versorgung der Einwohner des Ruhrgebiets zusammengebrochen. Es gab weder Brennstoff, Lebensmittel noch Wohnraum im ausreichenden Maße. Auf den Zechen gab es nach der Befreiung der Zwangsarbeiter zu wenig Arbeitskräfte. Die britische Militärregierung versuchte, das Problem mit Anwerbemaßnahmen, Zwangsverpflichtungen und der gezielten Verbesserung der Ernährungslage der Bergleute in den Griff zu bekommen. Die bergmännischen Arbeitsleistungen wurden mit einem Punktesystem bewertet, wonach sich zusätzliche Lebensmittelzuteilungen richteten. Eine grund-



Plakat zum Marshallplan 1950;  
Quelle: Münchener  
Stadtmuseum

sätzliche Lösung des Arbeitskräfteproblems wurde aber erst Ende der 1940er-Jahre mit der Anwerbung so genannter Neubergleute aus anderen Teilen Deutschlands und der allgemeinen Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse erreicht. Negativen Einfluss auf die Förderleistung des Ruhrbergbaus hatte auch der in der NS-Zeit betriebene Kohleraubbau, der sich auf die leicht zu erschließenden Flöze konzentrierte. Neue Investitionen blieben nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst wegen der ungeklärten Eigentumsverhältnisse und des staatlich festgesetzten Kohlepreises aus. Der Ruhrbergbau war deshalb noch bis in die 1950er-Jahre nicht in der Lage, die stetig wachsende Nachfrage nach Energie zu befriedigen. Erst 1956 trug die beginnende Modernisierung der Kohleförderung erste Früchte. Mit über

1950

**1951** Nach Androhung massiver Kampfmaßnahmen durch die Gewerkschaften gegen die von Konrad Adenauer geführte erste Bundesregierung wird die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie eingeführt.

1955

**1955-1973** Die gezielte Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer durch den Staat und die Industrie führt zu einem erhöhten Zuzug von Migranten aus Südeuropa und der Türkei.

1960

**1958** Im Ruhrbergbau setzt infolge preisgünstiger Importkohle und der staatlich geförderten Energieträger Öl und Gas die Kohlekrise ein.

**1962** Als erfolgreiche Neuan siedlung der Autoproduktion im Ruhrgebiet eröffnet das Opel-Werk in Bochum.

1965

**1962-1972** Die Gründung von drei neuen Universitäten in Bochum, Dortmund und Essen führt zur nachhaltigen Etablierung von Wissenschaft und Forschung im Ruhrgebiet.

**1968** Die Einheitsgesellschaft Ruhrkohle AG übernimmt die noch im Ruhrgebiet verbliebenen Zechen.

1970

124 Millionen Tonnen geförderter Ruhrkohle machte sie 82 Prozent der gesamten bundesdeutschen Steinkohlenförderung aus. Zu der Zeit förderten im Ruhrgebiet etwa 150 Zechen mit einer Gesamtbelegschaft von fast einer halben Million Bergleute.

## Strukturkrise und ökonomischer Wandel

Im Februar 1958 wurden auf den Zechen des Ruhrgebiets erste Feierschichten eingelegt, die Nachfrage nach Kohle blieb hinter den Förderkapazitäten zurück. Die beginnende Kohlekrise traf das Ruhrgebiet völlig unerwartet. Wiederaufbau, Marshallplanhilfen und das westdeutsche „Wirtschaftswunder“ hatten die strukturellen Schwächen der einseitig auf Kohle und Stahl ausgerichteten Ruhrwirtschaft verdeckt. Durch die von der Bundesregierung geförderte Liberalisierung der Energiemärkte konkurrierten jetzt preisgünstige Importkohle, Öl und Gas mit der Ruhrkohle, deren Absatz massiv einbrach. Zunehmend wurden Öl-Pipelines und Raffinerien gebaut, importiertes Erdgas ersetzte das Kokereigas. 1968 waren bereits über die Hälfte der ursprünglichen Förderkapazitäten abgebaut und knapp 80 Zechen der ursprünglich ca. 150 noch existierenden geschlossen.

Bis in die 1960er-Jahre reagierten die Zechenbelegschaften und ihre Gewerkschaften mit massiven Protesten, enttäuschte Bergleute zogen mit schwarzen und roten Fahnen durch die Straßen des Ruhrgebiets und setzten Politik und Unternehmen unter Druck, die gefährdeten Arbeitsplätze zu erhalten. „Kein Bergmann sollte ins Bergfreie fallen“, lautete die Forderung, und tatsächlich gelang es durch Sozialpläne, Umschulungsmaßnahmen und Vorruhestandsregelungen, die meisten Bergleute beruflich und sozial abzufedern. 1968 übernahm die neu gegründete Einheitsgesellschaft Ruhrkohle AG die noch verbliebenen Zechen, verringerte deren Zahl weiter oder modernisierte die noch wirtschaftlich rentabel arbeitenden Anlagen. Zuletzt förderte die Ruhrkohle AG nur noch in zwei Verbundzechen



Protestmarsch der IG Bergbau gegen die angekündigte Stilllegung der Zeche Graf Bismarck in Gelsenkirchen am 19. Februar 1966; Foto: Manfred Scholz, Quelle: Fotoarchiv Ruhr Museum

mit weniger als 30.000 Beschäftigten. Mit der Schließung der Zeche Prosper-Haniel in Bottrop wurde letztlich 2018 nicht nur das letzte Bergwerk im Ruhrgebiet stillgelegt – in ganz Deutschland ging damit die Ära des Steinkohlenbergbaus zu Ende.

Die Eisen- und Stahlindustrie blieb zunächst von der Krise verschont – bis in den 1970er-Jahren die Folgen der Weltwirtschaftskrise auch die Hüttenwerke des Ruhrgebiets erfassten. In ganz Westeuropa stand die Stahlindustrie in harter Konkurrenz zu den Werken in Osteuropa und in so genannten Schwellenländern wie Indien und China und geriet dadurch in Absatzschwierigkeiten. Die Unternehmen reagierten mit Fusionen (Krupp-Hoesch-Thyssen), Belegschaftsabbau, Rationalisierung und Schließung von ganzen Standorten. In Duisburg-Meiderich (1985), in Hattingen (1987), in Rheinhausen (1993) und in Dortmund-Hörde (1998/2001) verlöschten die Feuer endgültig. Im Gegensatz zum Bergbau erlebte die Stahlindustrie am Anfang des 21. Jahrhunderts mit ihren Produkten aber noch einen regelrechten Zwischenboom, allerdings in immer weniger Betrieben und mit stark reduzierten Belegschaften.

Ähnlich wie im Bergbau eröffneten Sozialpläne und Umschulungen neue Perspektiven für

viele Stahlarbeiter des Reviers. Dennoch stieg die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet allmählich strukturell an und sank auch nicht in Phasen besserer Konjunkturverläufe. Ende der 1980er-Jahre wuchsen die Proteste angesichts der Werksschließungen in Hattingen, Rheinhausen und Dortmund. Hunderttausende gingen auf die Straße und nahmen auch an spektakulären Aktionen wie der Besetzung der Rheinhausener Brücke oder der „Erstürmung“ der Villa Hügel in Essen teil.

Nach den Werksschließungen wurden die meisten Fördertürme und Hochöfen abgerissen. Teilweise wurden aber auch ganze Hüttenbetriebe und Kokereien an indische oder chinesische Unternehmen verkauft, die sie dann demontierten und in ihre Heimatländer verschifften. Einige Flächen konnten gewerblich genutzt werden, wie zum Beispiel das Gelände der ehemaligen Zechen Dannenbaum und Bruchstraße in Bochum, auf dem die Firma Opel ihr Werk zu Beginn der 1960er-Jahre erfolgreich ansiedeln konnte. Auch die Anlage des Duisburger Logistikzentrums Logport auf dem ehemaligen Hüttenwerksgelände Rheinhausen kann – als Teil des größten Binnenhafens Europas mit über 5.000 Arbeitsplätzen (Stand 2021) – durchaus als Erfolgsgeschichte angesehen werden. Andere ehemalige Standorte der Schwerindustrie gingen im Rahmen der



Nordsternpark in Gelsenkirchen; Foto: RIK/Ludger Staudinger

„Industriekultur“ neue Wege als kulturelle oder museale Highlights der Region. Dabei wären an erster Stelle die Industriemuseen der beiden Landschaftsverbände Westfalen und Rheinland zu nennen, wie zum Beispiel die Zeche Zollern in Dortmund oder das Rheinische Industriemuseum in Oberhausen. Es entstanden aber auch weitere Top-Highlights der Region wie die UNESCO-Welterbe-Zeche Zollverein in Essen, der Landschaftspark Duisburg-Nord oder der ehemalige Gasometer der GHH in Oberhausen als spektakuläre Ausstellungshalle. Auch Bürgerinitiativen in den 1970er-Jahren trugen – etwa in der ältesten Arbeitersiedlung des Ruhrgebiets in Oberhausen-Eisenheim – zum langfristigen Erhalt des industriekulturellen Erbes der Region bei. Krönender Abschluss dieser Bemühungen war – verbunden mit der Absicht einer touristischen Inwertsetzung – 1999 die Eröffnung der Route Industriekultur im Ruhrgebiet durch den heutigen Regionalverband Ruhr. Mit der Gründung dreier Universitäten (Ruhr Universität Bochum 1962, Technische Universität Dortmund 1968 und Gesamthochschule Essen 1972, ab 2003 durch Fusion Universität Duisburg-Essen) hielten auch Wissenschaft und Forschung im großen Maßstab Einzug ins Ruhrgebiet.

Trotz dieser durchaus vorzeigbaren positiven Elemente im Wandel der Region, die nicht zuletzt durch das „Entwicklungsprogramm Ruhr“ (1968-1973) angeschoben wurden, das Europa-, Bundes- und Landesmittel für Industrieansiedlungen, Verkehrs-, Bildungs-, und Freizeitinfrastruktur bereitstellte, gelang es nicht, eine nachhaltige Strukturreform in allen wichtigen Bereichen umzusetzen. Positive Ansätze gab es zum Beispiel beim Ausbau von Autobahnen und Straßen. Bei der Modernisierung des öffentlichen Nahverkehrs hingegen ist bis heute, auch auf Grund von regionalen und lokalen Partikularinteressen, noch sehr vieles im Argen. Auch der Erfolg des Opel-Werks in Bochum währte zwar immerhin mehrere Jahrzehnte, doch 2014 rollte dort der letzte Opel Zafira vom Band und beendete damit die Ära der Automobilproduktion in Bochum. Andere Autohersteller wie Ford oder VW bekamen erst gar nicht die reale Chance, Produktionsstätten im Ruhrgebiet aufzubauen. Der Bergbau verhinderte deren Ansiedlung, da er die Abwerbung qualifizierter Arbeitskräfte befürchtete.

Um eine einheitliche planerische Gestaltung des Ruhrgebiets zur Überwindung städtischer, betrieblicher und teilregionaler Einzelinteressen umzusetzen, war bereits 1920 der

Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR) gegründet worden. Seinem späteren Nachfolger ab 1979, dem Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR), fehlten aber ausreichende planerische Kompetenzen, denn diese lagen jetzt bei den drei Bezirksregierungen in Arnsberg, Münster und Düsseldorf. Die Rolle des KVR blieb überwiegend auf Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Imagekampagnen für das Ruhrgebiet), Kulturförderung sowie Freizeit- und Grünflächenplanung beschränkt. Viele Versuche einer übergreifenden regionalen Zusammenarbeit scheiterten an gegensätzlichen Interessen, vor allem der Städte in den Randzonen des Reviers im Osten und im Westen. Nachfolger des KVR wurde 2004 der Regionalverband Ruhr. Seit 2009 ist er erstmals wieder für die staatliche Regionalplanung in der Metropole Ruhr zuständig. Das Verbandsgebiet des RVR besteht derzeit aus elf Städten und vier Kreisen. Der RVR ist Träger bedeutender Infrastrukturprojekte wie der „Route Industriekultur“ und dem „Emscher Landschaftspark“.

Die Stilllegungswelle in der Montanindustrie ab Mitte der 1980er-Jahre sowie zahlreiche städtebauliche, soziale und ökologische Probleme waren Hintergrund für die Internationale Bauausstellung Emscher Park (IBA Emscherpark) in der Zeit von 1989 bis 1999. Unter der Regie des NRW-Städtebauministeriums verstand die IBA sich als neues strukturpolitisches Modell der ökonomischen und ökologischen Erneuerung der Emscherzone, also der nördlichen Region des Ruhrgebiets, die am stärksten von der Strukturkrise betroffen war. Die IBA verfügte über keine eigenen Mittel, sondern schöpfte aus bestehenden oder aufgestockten Förderprogrammen auf europäischer, Bundes- oder Landesebene. Im Vordergrund stand dabei die gezielte Nutzung ehemaliger Industrieareale für Wirtschafts-, Wohn-, Freizeit und Kulturprojekte und die ökologische Erneuerung. In der Vergangenheit war der Regionalverband Ruhr auch ein wichtiger Träger der IBA-Nachfolge-Events Kulturhauptstadt Europas RUHR.2010 und Grüne Hauptstadt Europas (Essen, 2017). Bei der Klimametropole RUHR 2022 und der Internationalen Gartenbauausstellung im Ruhrgebiet (2027) ist der RVR ebenfalls als wichtigster Projektträger dabei.

- 1969** Die Denkmal-Unterschutzstellung der Maschinenhalle auf der Zeche Zollern in Dortmund führt in der Folgezeit zur Gründung einer Vielzahl von regionalen Industriemuseen.
- 1970**
- 1975-2001** Die weltweite Stahlkrise erfasst auch die Hüttenwerke des Ruhrgebiets, was in der Folgezeit zu zahlreichen Werksschließungen führt.
- 1979** Als Nachfolger des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk wird der Kommunalverband Ruhrgebiet gegründet, allerdings ohne ausreichende planerische Kompetenzen.
- 1980**
- 1989-1999** Die Internationale Bauausstellung (IBA) Emscher Park versteht sich als strukturpolitisches Modell der ökonomischen und ökologischen Erneuerung der Emscherregion.
- 1990**
- 1999** Als touristisches Netzwerk des Regionalverbandes Ruhr wird die „Route der Industriekultur im Ruhrgebiet“ eröffnet.
- 2000**
- 2001** Die Zeche und die Kokerei Zollverein in Essen werden als Kulturerbe in die Liste der UNESCO-Welterbe-Stätten in Deutschland aufgenommen.
- 2010**
- 2010** Essen wird stellvertretend für die dem Regionalverband Ruhr angehörigen Städte und Kreise Kulturhauptstadt Europas.
- 2018** Die Schließung der Zeche Prosper-Haniel in Bottrop als letztes Bergwerk im Ruhrgebiet besiegelt auch das Ende des Steinkohlebergbaus in ganz Deutschland.
- 2020**

## Gesellschaftliche Veränderungen

Für viele Betrachter, auch von außerhalb der Region, ist das „Steigerlied“ gewissermaßen ein Synonym für das Ruhrgebiet schlechthin. Auch wenn das Lied „Migrations-Hintergrund“ hat (es stammt ursprünglich aus dem sächsischen Erzgebirge), ist es im Ruhrgebiet wie auch in anderen früheren Bergbauregionen in Deutschland bis heute fester Bestandteil öffentlicher Auftritte von Bergmannskapellen. Obwohl der Text etwas antiquiert und verklärend erscheint, spiegelt er offensichtlich noch heute Lebensgefühl und möglicherweise auch berufsständischen Stolz vieler ehemaliger Bergleute wider.

Schließlich war es ja diese Berufsgruppe, die nach 1945 mit alliierter Hilfe nicht nur zum Motor des wirtschaftlichen Aufbaus im Ruhrgebiet, sondern zum Zentrum des bundesrepublikanischen „Wirtschaftswunders“ insgesamt wurde. Im Steinkohlenbergbau und in der Stahlindustrie verdienten überwiegend männliche Arbeiter gutes Geld, das ihren Familien eine Teilnahme am wirtschaftlichen Boom erlaubte. Über die 1950er-Jahre hinaus prägte die Arbeit in der Montanindustrie die Mentalität und soziale Situation eines großen Teils der Bevölkerung im Ruhrgebiet. Arbeit und Kollegen, Heirat und Familie, Vereine und Gewerkschaften gaben einen stabilen und überschaubaren Rahmen.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten Einheitsgewerkschaften waren im Ruhrgebiet stark. Bei der IG Bergbau lag der Organisationsgrad bei 90 Prozent, schon weil das Mitgliedsformular häufig für eine (erfolgreiche) Einstellung im Unternehmen unterschrieben werden musste. Aber auch die IG Metall verzeichnete hohe Mitgliederzahlen. Parallel zur Entwicklung der Gewerkschaften vollzog die SPD nach 1945 einen grandiosen Aufschwung. War das Ruhrgebiet bis 1933 politisch von KPD und katholischem Zentrum dominiert, wurde es nun zur Hochburg der SPD. Sie wurde zur klassischen „Kümmererpartei“. „Geh mal zu Hermann (dem lokalen Parteisekretär), der macht das schon“, wurde zum geflügelten Wort in der Region. Gewerkschaften und SPD bildeten eine feste Allianz, die sich

für die Sozialdemokraten im hohen Maße politisch auszahlte. Im Verlauf der 1950er- und 1960er-Jahre wurden die meisten Städte und Kommunen im Ruhrgebiet sozialdemokratisch regiert. Zwischen 1966 und 2005 stellten die Sozialdemokraten kontinuierlich in Düsseldorf die Ministerpräsidenten, daran hatte das Ruhrgebiet einen wichtigen Anteil. Ab den 1960er-Jahren begann sich ein allmählicher sozialer Wandel im Ruhrgebiet abzuzeichnen. Der Rückgang der Industriearbeit im Bergbau und in der Stahlindustrie veränderte die Erwerbsstrukturen. Kleinere Familien, höherer Lebensstandard, bessere Bildungschancen, auch durch die im Ruhrgebiet gegründeten Universitäten, begannen die vorher geschlossenen Milieus aufzulösen.

Aber auch die verschiedenen Zuwanderungswellen beschleunigten diese Auflösungsprozesse. Waren es nach 1945 zunächst die Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und später die Flüchtlinge aus der DDR, wurden ab Mitte der 1950er-Jahre bis 1973 gezielt ausländische Arbeitnehmer von Staat und Industrie angeworben. Insbesondere der Bergbau und die Stahlindustrie im Ruhrgebiet unternahmen große Anstrengungen, die so genannten „Gastarbeiter“ aus Südeuropa und der Türkei anzuwerben. Sie sollten die bei Deutschen unbeliebten schweren und körperlich anstrengenden Arbeiten übernehmen. Aus den „Gastarbeitern“, die lange Zeit fest an eine Rückkehr in ihre ursprünglichen Heimatländer glaubten, wurden aber langfristig schließlich Einwanderer wider Willen in einem Einwanderungsland wider Willen.

In den 1970er- und 1980er-Jahren kamen weitere Migranten überwiegend wegen ihrer zuerkannten deutschen Staatsangehörigkeit – Bewohner aus dem früheren deutschen Oberschlesien, Polen mit deutscher Abstammung, Russland-Deutsche und Juden aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Inwieweit man das Ruhrgebiet nun als „Weltmeister in Sachen Integration“ bezeichnen kann oder einfach als Region, die eine ungeheure Vielfalt an Herkunft, Vorstellungswelten, Mentalitäten und individuellen Verhaltensweisen zur Kenntnis nimmt, soll einmal dahingestellt bleiben.

## Literaturempfehlungen

Stefan Berger: Was ist das Ruhrgebiet? Eine historische Standortbestimmung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Ruhrgebiet, 69. Jahrgang, 1-3/2019. Januar 2019, S. 4-11

Ulrich Borsdorf/Heinrich Theodor Grüter (Hrsg.): Ruhr Museum. Natur. Kultur. Geschichte, Ausstellungskatalog, zweite aktualisierte Auflage, Essen 2020

Michael Farrenkopf/Stefan Goch/Manfred Rasch/Hans-Werner Wehling (Hrsg.): Die Stadt der Städte. Das Ruhrgebiet und seine Umbrüche, Essen 2019

Karola Geiß-Netthöfel/Dieter Nellen/Wolfgang Sonne (Hrsg.): Vom Ruhrgebiet zur Metropole Ruhr. SVR KVR RVR 1920-2020, Berlin 2020

Bodo Hombach/Brost-Stiftung (Hrsg.): Die Ruhr und ihr Gebiet. Leben am und mit dem Fluss, Band 2. Die Ruhr und das Ruhrgebiet. Fluss, Industrieregion, Strukturwandel seit Anfang des 19. Jahrhunderts, Münster 2020

Toni Pierenkemper: Die Entstehung des Ruhrgebiets als Wirtschaftsraum im 19. Jahrhundert, in: Jennifer Garner/Karsten Plewnia/Manuel Zeiler (Hrsg.): Tagungsband 20. Internationaler Bergbau- & Montanhistorik-Workshop. Zeche Zollern/Ruhrgebiet 2017, Clausthal-Zellerfeld 2017

## Impressum

**Herausgeber:**

Regionalverband Ruhr  
Die Regionaldirektorin  
Kronprinzenstraße 35  
45128 Essen  
[www.rvr.ruhr](http://www.rvr.ruhr)

**Projektleitung:**

Referat Industriekultur  
[www.route-industriekultur.ruhr](http://www.route-industriekultur.ruhr)

**Gestaltung:**

Schacht 11, Essen  
[www.schacht11.ruhr](http://www.schacht11.ruhr)

Änderungen vorbehalten

## Der Autor

**Michael Clarke**

Historiker und Publizist, freier wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Regionalverband Ruhr und am Ruhr Museum in Essen. Gästeführer an verschiedenen Standorten der Route Industriekultur im Ruhrgebiet.